

Es war die 63. und damit eigentlich eine gewöhnliche Tagung der „Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder“ (GMK). Und dennoch war es eine besondere: Zum ersten Mal nahmen Vertreter aus den fünf neuen Bundesländern teil. Diskutiert wurde in Berlin vor allem über Probleme und Aufgaben des Gesundheitswesens nach der Vereinigung im Oktober.

Offenbar brachten „die Neuen“ frischen Wind in die Konferenzstube: Die Debatten seien lebhafter gewesen als sonst zuweilen, war zu hören. Nicht alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt, aber auf eine „einhellige“ Presseerklärung einigten sich die Ministerinnen und Minister. Darin wird auch die Zukunft der ostdeutschen Polikliniken angesprochen – in einer offenbar nur so kompromißfähigen „einerseits – andererseits“-Formulierung.

Die Konferenz sieht als eine wesentliche Voraussetzung für die rasche Verbesserung des Versorgungsniveaus die „Ge-

Niederlassung

## Fairer Wettbewerb

währleistung freiberuflicher Tätigkeiten der Leistungserbringer im Gesundheitswesen“ an. Allerdings müsse sich bis 1995 zeigen, „ob und in welchem Umfang die Menschen in den neuen Ländern und Berlin weiterhin poliklinische Angebote... und in welcher Trägerschaft beziehungsweise Rechtsform wollen“. Unter „poliklinischen Angeboten“ werden auch Praxisgemeinschaften und Gemeinschaftspraxen aufgeführt. Alle Einrichtungen sollten „unter gleichen Bedingungen eine faire Chance im Wettbewerb erhalten“.

Man muß kein Minister sein, um der Suche nach einem solchen Kompromiß ein gewisses Verständnis entgegenzubringen. Wie sehr man sich zügige freie Niederlassungen in Sachsen, Thüringen oder Brandenburg wünschen mag: Briefe und Berichte von dort zeigen,

daß es so schnell nicht geht. Und daß der Mut und der Wille zur Niederlassung nach einem knappen halben Jahrhundert innerhalb anderer Strukturen Ärztinnen und Ärzten verständlicherweise hier und da fehlt.

Wer nicht rechthaberisch oder zynisch ist, dem leuchtet ein, daß im Interesse der ambulanten medizinischen Versorgung in den fünf neuen Ländern Übergangslösungen und -fristen sinnvoll sind.

Deshalb muß man trotzdem aufmerksam verfolgen, ob niederlassungswillige Ärzte und Ärztinnen tatsächlich eine „faire Chance im Wettbewerb“ erhalten, das heißt: Ob sie – nach der allseitigen Betonung des Stellenwerts der freiberuflichen Tätigkeit – nicht im Lauf der Zeit gegenüber den Polikliniken ins Hintertreffen geraten. Damit ist alles gemeint – von der fairen Bereitstellung von Praxisräumen bis zur realistischen Berücksichtigung der Investitionskosten. Denn damit ein Wettbewerb wirklich fair ablaufen kann, muß er genau so und nicht anders organisiert werden. th

Bereits lange vor dem Vereinigungstag ist im politischen Raum lebhaft darüber debattiert worden, wie die frühere Deutsche Demokratische Republik nach deren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland (gemäß Artikel 23 GG) titulierte werden sollte. Manche West-Deutsche plädierten dafür, durch ein Plebiszit darüber zu befinden, ob das wiedervereinigte Deutschland nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik schlicht Deutschland *oder* (wie bisher schon) Bundesrepublik Deutschland *oder* Deutsche Bundesrepublik heißen sollte.

Die vermeintlich neutrale, diplomatische Unterscheidung in „West“ und „Ost“ oder in „Mitteldeutschland“ kann zu heftigen Emotionen führen (wie eine erbitterte Leserdiskussion zeigte). Auffällig ist, daß sich ge-

Deutsche Einheit

## Kürzel: FNL

rade Politiker und Ministerialbeamte, die mit dem Entwurf der beiden Staatsverträge, den Überleitungsbestimmungen und der Anschlußgesetzgebung sowie deren Ausfüllung und Umsetzung befaßt waren, ein ganzes Potpourri von Bezeichnungen und Kürzeln (Akronymen) haben einfallen lassen. Da wird in offiziellen und internen Papieren von der bisherigen, der ehemaligen, der vormaligen, der verflissenen, der Ex- oder der alten DDR gesprochen. Auch in Gesetzen, die das Sozial- und Gesundheitswesen betreffen, ist in Neudeutsch vom „Beitrittsgebiet“ die Rede – oder es wird unterschieden zwischen alten und

neuen Bundesländern, zwischen Alt- und Neu-Ländern. Das neudeutsche Wort „Beitrittsgebiet“ ist verdächtig, als „Wort des Jahres“ 1990 in den „Großen Duden“ aufgenommen zu werden. In offiziellen Schreiben der Ministerialbürokratie ist für die ehemalige DDR sogar schon ein gängiges Kürzel „erfunden“ worden: FNL. Dieses Akronym steht nicht etwa für eine geheimbündlerische Befreiungsbewegung, sondern für die „fünf neuen Länder“.

Doch wer weiß, vielleicht haben sich die Ministerialen unterbewußt von vertrauten Erinnerungen bewegen lassen. Ben Bellas algerische Befreiungsfront firmierte unter FLN, und die altbekannte südvietnamesische Front National de Libération wurde gar FNL abgekürzt – noch besser bekannt ist sie als Vietcong. HC